

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 06.04.2022
Sitzung Nummer:	13 ( SFFGA/13/2022)
Sitzungsdauer:	16:30 - 18:25 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Christel Güldenpfennig  
Vorsitzende

Alessa Stobinski  
Protokollführung

### Anwesend:

#### Vorsitz

Frau Christel Güldenpfennig

#### Mitglieder

Herr Andreas Cosmar

Herr Björn Eckhard Dahlke

Frau Doreen Müller

Frau Sandy Zacharias-Schulz

#### Stellvertreter

Herr Arno Bausemer

Vertretung für Herrn Ulrich Siegmund

#### sachkundige Einwohner

Herr Gert Kahle

Frau Kerstin Schmidt

#### Protokollführer

Frau Alessa Stobinski

#### von der Verwaltung

Frau Maria-Alexandra Jonas

Frau Elisabeth Seyer

Herr Sebastian Stoll

### Abwesend:

#### Mitglieder

Herr Ulrich Siegmund

entschuldigt

Herr Stefan Skibbe

entschuldigt

#### sachkundige Einwohner

Herr Robert Krüger

entschuldigt

Herr Reiko Lühe

entschuldigt

Frau Karin Roelofsen

entschuldigt

Frau Xenia Schüßler

entschuldigt

### Tagesordnung:

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie der Beschlussfähigkeit
  - 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
  - 4 Einwohnerfragestunde
  - 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 01.12.2021
  - 6 Bericht zur Arbeit der Integrationskoordinatoren im Landkreis Stendal  
Berichterstatter: Maria-Alexandra Jonas und Jakob Wernike
  - 7 Bericht zur Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Stendal  
Berichterstatterin: Elisabeth Seyer
  - 8 Information zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aus der Ukraine
  - 9 Anfragen und Anregungen
- 

## **Protokoll**

### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Frau Güldenpfennig eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit und begrüßt alle Anwesenden.

### **zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie der Beschlussfähigkeit**

Frau Güldenpfennig stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Es sind 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Es fehlen die Mitglieder Herr Skibbe und Herr Siegmund, sowie die sachkundigen Einwohner Frau Schüßler, Frau Roelofsen, Herr Lühe und Herr Krüger.

Herr Siegmund wird durch Herrn Bausemer vertreten.

### **zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Da es keine Änderungsanträge gibt, wird nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren.

**zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

**zu TOP 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 01.12.2021**

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 01.12.2021 zur Abstimmung gestellt.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja 5 Enthaltung 1*

**zu TOP 6 Bericht zur Arbeit der Integrationskoordinatoren im Landkreis Stendal  
Berichterstatter: Maria-Alexandra Jonas und Jakob Wernike**

Frau Jonas berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation. Diese ist unter Tagesordnungspunkt 6 im Informationsportal des Kreistages Stendal eingestellt.

Frau Güldenpfennig fragt, welche Erfolge bereits verzeichnet werden konnten.

Frau Jonas antwortet, dass diesbezüglich keine genauen Zahlen vorliegen. Allerdings gab es zur Integration in den Arbeitsmarkt viele positive Rückmeldungen von den Unternehmen. Bei der Thematik Integration fällt es schwer, den Erfolg auf dem Papier sichtbar zu machen.

Herr Cosmar möchte wissen, ob die Integration im Landkreis Stendal gut funktioniert und angenommen wird.

Frau Jonas erklärt, dass Integration nur dann funktioniert, wenn ein starkes Netzwerk vorhanden ist. Dies ist in fast allen Kommunen der Fall.

Herr Bausemer richtet folgende Fragen an die Verwaltung:

1. Wie viele, von den 3000 Menschen im Landkreis Stendal ohne deutschen Pass sind berufstätig?
2. Wie viele geflüchtete Menschen haben an Sprachkursen teilgenommen und diese abgeschlossen und für den weiteren Berufsweg genutzt?
3. Wie viele der Flüchtlinge sind geimpft?
4. Wurde evaluiert, wie viele Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückkehren wollen (ausgenommen Ukraine)?

Frau Jonas sichert hier eine schriftliche Antwort zu.

Herr Kahle hinterfragt, ob ein Interessenskonflikt besteht, wenn für die Arbeit an Studien teilgenommen wird und diese genutzt werden.

Frau Jonas verneint dies. Der Landkreis hat lediglich bei Umfragen teilgenommen und aus diesen Auswertungen eine Handlungsempfehlung erhalten.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

**zu TOP 7 Bericht zur Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Stendal**

**Berichterstatte**in: Elisabeth Seyer

Frau Seyer berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation. Diese ist unter Tagesordnungspunkt 7 im Informationsportal des Kreistages Stendal eingestellt.

Herr Bausemer merkt an, dass auch Frauen als Täter auftreten können. Er möchte zudem wissen, welche Meinung Frau Seyer zu den Beschmierungen in der Stadt Stendal zum 08.03. vertritt. Zudem möchte er wissen, ob es bereits Initiativen, für eine gleiche Bezahlung für Frauen und Männern, gibt. Wird die Frauenquote durch Sie befürwortet?

Frau Seyer erläutert, dass die Beschmierungen nicht schön sind, da es immer andere Wege gibt Protest auszudrücken. Frau Seyer spricht sich für die Frauenquote aus. Sie wünscht sich beispielsweise mehr Frauen in Führungspositionen.

Die gleiche Bezahlung bei Frauen und Männern kann in der öffentlichen Verwaltung gut kontrolliert werden. In privaten Unternehmen gibt es dieses Problem leider noch häufig. Dort sollte sich die Politik mehr einsetzen. Derzeit gibt es keine Initiativen für diese Problematik, aber die Idee wird aufgegriffen.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

**zu TOP 8 Information zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aus der Ukraine**

Herr Stoll berichtet über die aktuelle Lage.

Frau Güldenpfennig fragt, ob die geflüchteten Kinder in Kindergärten und Schulen aufgenommen werden sollen.

Herr Stoll erklärt, dass im Stab bereits ein Mitarbeiter für die Erfassung von Kindern eingesetzt ist. Wenn die Eltern um einen Kita- bzw. Schulbesuch bitten, wird dies umgesetzt. Eine Schuluntersuchung wird allerdings vorher notwendig sein. Das Land möchte, dass zudem Anfangsklassen gebildet werden. Danach soll die Integration in jeweilige Orte und Schulformen beginnen. Die Anfangsklassen sind zunächst für Osterburg, Tangerhütte und Stendal geplant. Dort sollen notwendige Deutschgrundlagen beigebracht werden. Das Land schließt derzeit Verträge mit Muttersprachlern, damit diese als Lehrkräfte unterstützen können. Die Anmeldung für Kitaplätze erfolgt wie sonst auch über das KIVAN-Portal. Derzeit sind 170 Kinder im Kita-Alter im Landkreis Stendal verteilt. Aus diesem Grund muss sehr dynamisch und flexibel gearbeitet werden.

Herr Dahlke fragt, wie die sprachliche Barriere überwunden wird.

Herr Stoll antwortet, dass durch verschiedene Organisationen Sprachmittler zu Verfügung gestellt wurde. Wenn diese nicht zur Verfügung stehen, wird versucht mit Englisch, Russisch oder eben auch Körpersprache eine Verständigung sicherzustellen. Zudem gibt es viele Freiwillige, die russisch sprechen und bei der Übersetzung helfen.

Herr Bausemer fragt, ob Fördergelder vom Bund oder Land für pädagogische Fachkräfte zu Verfügung gestellt werden. Zudem wäre es sinnvoll, die Wohnungen für die Flüchtlinge dort anzumieten, wo Schulstandorte gefährdet sind. So können eventuell einige Schülerzahlen gewonnen werden. Wie wird vermeiden, dass andere Flüchtlinge die Hilfe für Ukraine-Flüchtlinge in Anspruch nehmen?

Herr Stoll erklärt zunächst, dass durch einen Erlass des Ministeriums, Personen eruiert werden sollten, die russisch sprechen und eine pädagogische Ausbildung haben. Dort reicht die bloße Glaubhaftmachung zunächst aus. Das Land schließt dann Verträge mit diesen Personen ab.

Der Landkreis ist bei der Beschulung der Kinder aus der Ukraine nicht an Schuleinzugsbereiche gebunden. Dies geht aus einem Schreiben des Ministeriums hervor. Demnach kann die Zuordnung an die Schulen frei durch den Landkreis gestaltet werden.

Von 746 eingereisten Personen aus der Ukraine in den Landkreis Stendal sind lediglich 13 Personen ohne ukrainische Staatsbürgerschaft. Bei der Ankunft im Landkreis wird durch die Ausländerbehörde geprüft, welcher Anspruch für die jeweiligen Flüchtlinge besteht.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

## zu TOP 9 Anfragen und Anregungen

Herr Bausemer stellt folgende Fragen zum Einwohnerantrag:

1. Gab es eine Aufforderung des Landes an den Landkreis Stendal, eine Stellungnahme abzugeben?  
→ Herr Stoll sichert hier eine schriftliche Antwort zu.
2. Wurden bereits Betretungsverbote für Mitarbeiter ausgesprochen?  
→ Herr Stoll verneint dies. Es wurden knapp 300 Personen gemeldet, die sich auf circa 50 Einrichtungen verteilen.
3. Welche Sanktionen drohen den Einrichtungen, die keine Meldung über das Portal abgeben?  
→ Herr Stoll sichert hier eine schriftliche Antwort zu.

Herr Cosmar fragt nach dem aktuellen Sachstand zu Schulsozialarbeit, dem Krankenhaus Havelberg und den Rettungswachen im Landkreis Stendal.

Herr Stoll antwortet, dass es noch keine Rückmeldung seitens des Landes bzgl. der Schulsozialarbeit gibt.

Bezüglich des Krankenhauses in Havelberg wurde die Salus zum Sozialausschuss des Landes eingeladen. Darüber hatte bereits Herr Siegmund in der letzten Ausschusssitzung berichtet. Ein anderer Sachstand ist dem Landkreis derzeit nicht bekannt.

Im Landkreis Stendal befindet sich momentan keine Rettungswache im Bau. Im Juni befasst sich der Kreistag mit dem Zeitplan zum Bau der neuen Rettungswachen. Allerdings gibt es immer noch Unstimmigkeiten zwischen dem Landkreis und den Krankenkassen, wenn es um die Finanzierung der neuen Rettungswachen geht.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird der öffentliche Teil der Sitzung geschlossen.